

TOP

Fraktionsantrag der GLLK-Fraktion;
„Sicherer Hafen“
Beschlussvorlagen-Nr.: 0084/2020

Ausschussmitglied Lothar Rausch begründet den Antrag.

Zur Sache sprechen: Erwin Schmidt, Angelika Großberndt, Steffen Andreae, Jochen Lody,
Georg Wiegand von Kleist

Es erfolgt keine abschließende Beratung. Der Antrag wird auf die Tagesordnung der
Gemeindevertretung am 25. Juni 2020 gesetzt.

Beschlussvorschlag:

1. Die Gemeindevertretung der Gemeinde Kaufungen bekennt sich zu seiner Verantwortung, Menschen zu helfen, die durch Krieg, Verfolgung und andere Notlagen ihre Heimat verlassen haben und in Deutschland Zuflucht suchen. Die Gemeinde Kaufungen hat mit der Unterstützung zahlreicher Bürgerinnen und Bürger in den vergangenen Jahren Geflüchteten Obdach und Hilfe gewährt und wird dies auch in Zukunft tun.
2. Die Gemeinde Kaufungen bietet der Bundesregierung an, Geflüchtete, die im Mittelmeer in Seenot geraten sind, aufzunehmen. Völlig unabhängig davon wie man zur europäischen Grenzpolitik und zu den Verteilungsmechanismen von Geflüchteten innerhalb der EU steht und wie man Zuwanderung nach Europa und Deutschland bewertet, keine Doktrin, kein politisches Konzept rechtfertigt es, das Retten von Menschen aus Seenot zu behindern.
3. Unabhängig von den verschiedenen Positionen zur Asyl- und Migrationspolitik, die in der Gemeindevertretung vertreten sind, bekennt sich diese Vertretung klar zum Menschenrecht auf Leben und körperliche Unversehrtheit.
4. Die Gemeindevertretung setzt ein klares Zeichen der Menschlichkeit und Offenheit der Gemeinde und seiner Menschen und deklariert die Gemeinde Kaufungen zu einem „Sicheren Hafen“.
5. Die Gemeindevertretung Kaufungen fordert schriftlich die Vertreterinnen und Vertreter im Europaparlament, im Bundestag und im hessischen Landtag dazu auf, die sich für die Erreichung folgender Ziele einzusetzen:
 - Die Bundesregierung setzt sich weiterhin und verstärkt für die Bekämpfung der Fluchtursachen ein, insbesondere für eine gerechtere und effektivere Entwicklungshilfepolitik und dafür, dass die Menschen auf dem Mittelmeer gerettet werden.
 - Die aktive Behinderung der Seenotrettung durch die europäischen Staaten muss umgehend beendet werden.
 - Die europäische Staatengemeinschaft muss ihrer Verantwortung bei der Seenotrettung gerecht werden und darf sich nicht auf die Arbeit Dritter verlassen oder den Tod von Menschen billigend in Kauf nehmen.
 - Die sofortige Evakuierung aller Menschen aus den überfüllten Lagern an der EU-Außengrenze und ihre Unterbringung in aufnahmebereiten Ländern und Kommunen, wo sie angesichts der Corona-Pandemie den dringend notwendigen Zugang zu medizinischer Versorgung haben können.
 - Die bedingungslose Wahrung der Menschenrechte und die Wiederherstellung des Zugangs zu Schutz und Asylverfahren in der Europäischen Union.
6. Die Gemeindevertretung beauftragt den Gemeindevorstand bis zum 30. Juni 2020 zu prüfen, welche Maßnahmen unternommen werden müssen, damit ein Unterstützungsangebot auch real umgesetzt werden kann.

